

Dietmar Rothermund:

## **„Erdrutschsieg“: Überraschende Ergebnisse der Parlamentswahlen in Indien** (erscheint in ASIEN Nr. 92/2004)

Indier sprechen gerne von einem 'Erdrutschsieg', wenn Wahlen - wie im Mai 2004 - zu einem unvorhergesehenen Regierungswechsel führen. Bei einer so dramatischen Wortwahl erwartet man, daß eine massenhafte Verschiebung von Wählerstimmen zu diesem Ereignis geführt hat. Aber durch das Mehrheitswahlsystem, das Indien von den Briten geerbt hat, resultiert eine Verschiebung von nur wenigen Prozenten der Wählerstimmen häufig in einer großen Änderung der Sitzverteilung auf die Parteien. Dieses Modell sollte die Interessenbündelung in einem Zwei-Parteien-System unterstützen, das traf für Indien nie zu. Hier sah sich die Kongreßpartei lange Zeit einer zersplitterten Opposition gegenüber und konnte davon profitieren, daß diese nicht in der Lage war, Bündnisse zu bilden. Daher vermied die Kongreßpartei auch dann eine Koalitionspolitik, wenn sie mit Hilfe von Regierungsbündnissen hätte an der Macht bleiben können. In dem Moment, in dem sie eine Koalition gebildet hätte, wären auch die Oppositions-Parteien Bündnisse eingegangen. Außerdem können kleineren Koalitionspartner Probleme bereiten, indem sie die Situation als Zünglein an der Waage ausnutzen. Dennoch ist die neue indische Regierung unter Führung der Kongreßpartei eine Koalitionsregierung, die 'Vereinigte Progressive (Fortschrittliche) Koalition' und beinhaltet eine bunte Mischung regionaler Parteien, auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

Wegbereiter für diese neue Art der Koalitionspolitik war die Bharatiya Janata Partei (BJP), die die 'National-Demokratische Koalition' unter Vorsitz von Premierminister Atal Bihari Vajpayee führte. Die BJP ist im rechten Flügel des politischen Spektrums Indiens anzusiedeln und profitierte nicht von der Fragmentierung der politischen Landschaft. Auch wenn sie nationale (indienweite) Ambitionen hatte, war sie ursprünglich eine regionale Partei mit Hochburg im nördlichen Hindi-Gürtel. Deshalb suchte sie nach anderen regionalen Parteien als geeigneten Koalitionspartnern. In solchen Koalitionen verzeichneten die regionalen Parteien jetzt Wahlerfolge, wo sie bei früheren Wahlen zwar auch eine beachtliche Anzahl Stimmen erhielten, jedoch ohne die entsprechende Anzahl von Sitzen. Der Aufstieg dieser regionalen Parteien wurde durch eine Flut von gesellschaftlichen Veränderungen in Indien begünstigt. Politische und ökonomische Belange spielten sich auf Ebene der einzelnen Bundesländer ab. Manchmal werden diese Länder von Parteien regiert, deren Namensgebung nur zu deutlich die regionale Begrenzung zeigt. Die Wähler stimmen zwar nicht notwendigerweise für ihre regionalen Parteien, aber im großen und ganzen konnten diese Parteien eine beachtliche Anzahl von Sitzen in der Bundesregierung gewinnen und entwickelten sich damit zu begehrten Koalitionspartnern.

Indiens Wähler neigen dazu bei den Parlamentswahlen gegen die amtierende Regierung zu stimmen. Das hat verschiedene Gründe: Zum einen könnten die Wähler aufgrund unerfüllter Wahlversprechen unzufrieden sein; zum anderen könnten sie sich von ihren Abgeordneten vernachlässigt fühlen, die sich - einmal an der Macht - nur noch selten in ihren Wahlkreisen sehen lassen. Außerdem könnte die sehr selbstbewußte Haltung der Regierungspartei diejenigen Wähler verärgern, die meinen, daß die Erfolgsmeldungen der Regierung nicht mit der Realität übereinstimmen. Vajpayee's Regierung hat den Slogan „India Shining“ (Glänzendes Indien) ausgegeben, um die Wählergunst zu gewinnen. Diejenigen, die an Indiens ökonomischem Wachstum teilhatten, können diese Art von Stolz nachempfinden, aber für die arme Landbevölkerung hat der Slogan einen schalen Beigeschmack.

Eine Lehrstunde für diesen Effekt war der Ausgang der Wahlen im südlichen Bundesland Andhra Pradesh, die dieses Mal parallel zu den Landtagswahlen abgehalten wurden – auf ausdrücklichen Wunsch des Ministerpräsidenten Chandrababu Naidu, der hoffte, daß seine Telugu Desam Partei (TDP) von ihrer Zusammenarbeit mit der Landesregierung profitieren würde. Naidu war der National-Demokratischen Koalition nicht beigetreten, aber die 29 TDP-Abgeordneten im Bundesparlament stimmten mit der Regierung und unterstützten diese ‚von außen‘. Naidu hatte sich einen ‚glänzenden‘ Ruf als ein High-Tech Ministerpräsident erworben, der sogar Bill Gates beeindruckte. Knapp einem Attentat entkommen, waren seine Auftritte in der Öffentlichkeit in letzter Zeit stark eingeschränkt, während sich sein Herausforderer Y.S. Reddy frei bewegen und so die Herzen der Landbevölkerung als verständnisvoller Politiker gewinnen konnte. Reddy führte die Kongreßpartei zu einem unerwarteten Sieg und wurde als Ministerpräsident von Andhra Pradesh vereidigt, noch bevor die neue Zentralregierung konstituiert wurde.

Auf Bundesebene war die Politik wesentlich komplexer. Zum ersten Mal hatte die Kongreßpartei die gleiche Strategie wie die BJP übernommen und war Bündnisse mit regionalen Partei eingegangen, u. a. mit der DMK (Dravida Munnetra Kazhagam) aus Tamil Nadu, der RJD (Rashtriya Janata Dal) aus Bihar, der JMM (Jharkhand Mukti Morcha) aus dem neuen Bundesland Jharkhand, das im Jahr 2000 von Bihar abgespalten wurde. Es gab auch einen Partner auf Bundesebene, die NCP (National Congress Partei) unter Führung des früheren Ministerpräsidenten von Maharashtra, Sharad Pawar, der mit einer Anzahl gleichgesinnter Politiker, die den Vorsitz von Sonia Gandhi nicht akzeptierten, aus der Kongreßpartei ausgetreten waren. Die Tatsache, daß die in Italien geborene Witwe des früheren Premierministers Rajiv Gandhi Präsidentin der Kongreßpartei wurde, hatte große Auseinandersetzungen ausgelöst. Als Vorsitzende der Partei war sie dazu bestimmt, Premierministerin zu werden, sollte die Kongreßpartei die

Wahlen gewinnen. Die BJP griff sie aus diesem Grund an, was ihre Anhänger veranlaßte, sich erst richtig ins Zeug zu legen. Nachdem die Wahlen gewonnen waren, wählten die Abgeordneten der Kongreßpartei sie zu ihrer Fraktionsvorsitzenden. Aber kurz darauf überraschte sie Freunde und Feinde gleichermaßen, indem sie auf das Amt der Premierministerin verzichtete und den altgedienten Kongreßführer, Dr. Manmohan Singh, für diesen Posten empfahl. Singh war Finanzminister in der früheren Kongreßregierung von 1991 bis 1996 und wurde weithin als der Architekt der ökonomischen Reformen, die in dieser Zeit durchgeführt wurden, gerühmt. Von ihm könnte erwartet werden, daß er seine damals unvollendete Agenda abschließt und sich gleichzeitig um die Belange der Armen kümmert, die die Kongreßpartei in diesen Wahlen offensichtlich unterstützt haben.

Der neue Premierminister wurde am 22. Mai 2004 vereidigt und hatte die schwierige Aufgabe, ein Kabinett zu bilden, in dem sowohl die Abgeordneten der Kongreßpartei als auch die Vorsitzenden der Koalitionsparteien untergebracht werden mußten. Alles in allem sind es jetzt 31 Kabinetts-Minister und 38 Staatssekretäre, davon zehn mit einem unabhängigen Ministerium. Die Verteilung der Ressorts war eine umstrittene Aufgabe. Der Führer einer Koalitionspartei fühlte sich so beleidigt, daß er fast der Vereidigungszeremonie ferngeblieben wäre, so sehr bestand er darauf, ein bestimmtes Ressort zu übernehmen. Am Ende wurden 20 Kabinettsposten mit Kongreß-Politikern besetzt, während 11 an Koalitionspartner gingen. Die DMK erhielt drei Kabinettsposten, die RJD und die NCP je zwei und vier kleinere Koalitionspartner mußten sich mit je einem zufrieden geben. Unter den Staatssekretären sind 24 Kongreß-Mitglieder und 14 von Koalitionsparteien.

Trotz ihrer Koalitionspartner bleibt die neue Kongreßregierung eine Minderheitenregierung, die sich nur auf 217 Parlamentsmitglieder stützen kann, während für eine absolute Mehrheit 270 notwendig sind. Aber die BJP und ihre Koalitionäre haben nur 185 Sitze erzielt. Die beiden kommunistischen Parteien, die mit der Kongreß geführten Regierung sympathisieren, traten der Koalition jedoch nicht bei und werden sie ‚von außen‘ unterstützen. Das könnte die Privatisierung einiger Firmen des überwiegend öffentlichen Sektors behindern, die die Linken als Indiens ‚Familien-Silber‘ betrachten, das nicht verkauft werden sollte.

So wie ihre Vorgängerin, die National-Demokratische Allianz, muß auch die neue Vereinigte Progressive (Fortschrittliche) Allianz ein Minimal-Programm politischer Vorstellungen formulieren, auf das sich alle verständigen können. Dieses Programm betrifft selbstverständlich überwiegend innenpolitische Angelegenheiten. Im Bereich der Außenpolitik wird keine große Abweichung vom Kurs der bisherigen Regierung erwartet. Nur die Beziehungen mit Pakistan könnten wieder einmal zum Problem werden. Premierminister Vajpayee hat seinen persönlichen Ruf daran gesetzt, mit Pakistan Frieden zu schließen. Er startete seine ‚Friedensinitiative‘ 1999 mit einer Busreise nach Lahore, wo er den widerspenstigen Premiermini-

ster Nawaz Sharif begrüßte, dessen gerissener General Parvez Musharraf genau zu jener Zeit den Kargil Krieg vorbereitete, der Vajpayee auf eine ernste Probe stellte. Vajpayee zeigte Beharrlichkeit und weise Zurückhaltung angesichts dieser Provokation. Er gewann den Krieg und folglich die Wahlen, die er ansonsten hätte verlieren können. Obwohl Musharraf ihm in den Rücken fiel, startete Vajpayee in 2003 eine neue Friedensoffensive. Es wurde erwartet, daß die Wähler diese Politik gutheißen würden, aber sie waren offensichtlich mehr von inneren Angelegenheiten beeinflusst, die dazu tendieren, bei Wahlen die Außenpolitik zu überschatten. Die neue Regierung wird möglicherweise die gleiche Politik verfolgen, aber natürlich nicht so überzeugt, wie Vajpayee es tat. Außerdem könnte die BJP kritisch gegenüber jedem Zugeständnis an Pakistan sein, und Vajpayee wird nicht der Oppositionsführer sein. Er hat angedeutet, daß er diese Aufgabe anderen überläßt. Der neue Außenminister, K. Natwar Singh, ist ein erfahrener Diplomat, der Pakistan sehr gut kennt. Er könnte den Friedenserwartungen weniger zuversichtlich entgegentreten als Vajpayee.

Indiens Stellung in der Welt hängt mehr vom Fortschritt im Bereich der ökonomischen Reformen ab als von seiner Außenpolitik. In diesem Bereich wird der neue Finanzminister, P. Chidambaram, eine Hauptrolle spielen müssen. Er hatte diesen Posten bereits in früheren Regierungen inne und hat gute Zeugnisse. Premierminister Manmohan Singh wird ihm unzweifelhaft seine volle Unterstützung geben. Nach allem könnte Indien unter einem neuen Management glänzen. Aber mit der ländlichen Armut fertig zu werden, bleibt eine der größten Herausforderungen.